

HERAUSFORDERUNG INTERNET

CHANCEN NUTZEN, RISIKEN BEGRENZEN

Beschluß des Bundesvorstands der Jungen Union Deutschlands vom 16. Januar 2000

I. Die Situation

Der Weg in ein Zeitalter, in dem Information und Wissen die entscheidende Rolle spielen, ist unwiderruflich. Dieser Wandel birgt für eine führende Wirtschaftsnation wie Deutschland Chance und Risiko zugleich. Mit zunehmendem Maß wird Deutschland seinen Wohlstand und seine Arbeitsplätze aus geistigem Kapital und dem Know-how bei Forschung und Entwicklung schöpfen. Dabei wird der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien eine immer bedeutendere Rolle zukommen. Mit dem rasanten Fortschritt im Internetbereich und dem Wegfall nationaler Grenzen ist diese Entwicklung eine gewaltige Herausforderung an unsere Gesellschaft.

Der Zugang zu Information stellt in der Wissensgesellschaft neben Bildung und Ausbildung einen immer wichtigeren Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit für jeden Bürger dar. In diesen Wandel muß jeder Teil unserer Gesellschaft, unabhängig von seiner sozialen Herkunft und seines Alters, integriert werden.

Neben der Bedeutung für Wirtschaft und Bildung bietet das Internet neue Möglichkeiten für die Durchsetzung von Menschenrechten und für die Verbreitung demokratischer Werte auf der Welt. Regime, die ihre Bevölkerung unterdrücken, haben nur solange Bestand, wie sie über das Informations- und Meinungsmonopol verfügen.

In Deutschland eröffnen sich für die Bürger durch die Nutzung des Internet und seiner Angebote neue Beteiligungsmöglichkeiten an der demokratischen Willensbildung. Politische Diskussionen werden nicht nur in Fernsehen und Presse, sondern zunehmend auch im Internet geführt werden.

Vorreiter auf dem Weg in das Informationszeitalter sind die USA. Wachstumspotential und Chancen der neuen Kommunikationsformen lassen sich dort für Deutschland ablesen. In den USA lag die Zahl der Internetnutzer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bereits 1998 bei knapp 30 Prozent, während in Deutschland nur neun Prozent Zugang zum Netz fanden.¹ Wesentliche Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung sind die höhere Akzeptanz zur Onlinenutzung und die deutlich niedrigeren Kosten. In den USA entstehen nur geringe Zugangsgebühren, denn Telefongebühren entfallen meist völlig. Deutsche Internetnutzer sind nur zu 17 Prozent bereit, für Onlinegebühren monatlich mehr als 20 DM auszugeben.² Die Einführung einer Flatrate von 20 DM, mit der die Telefon- und Nutzungsgebühren für das Internet komplett abgegolten sind, würde in Deutschland mehr als 13,3 Millionen neue Nutzer ins Netz bringen.³ Folgende Gründe dafür, sich keinen Internetanschluß zuzulegen, werden am häufigsten genannt: wird weder beruflich noch privat benötigt (81 Prozent der Offliner), man will sich nicht mit dem Internet auseinandersetzen (61 Prozent), Kostenargument (52 Prozent).⁴

Eine Strategie für den Aufbau der Informationsgesellschaft in Deutschland ist seitens der Bundesregierung nicht erkennbar. Für Wirtschaft und Gesellschaft existiert kein zentraler Ansprechpartner. Die Zuständigkeiten für den Bereich Internet sind auf mehrere Ministerien verteilt: unter anderem auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, auf das Bundesministerium des Inneren sowie auf den Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Dr. Michael Naumann. Dieser hat sich bisher seinem Zuständigkeitsbereich Medien nicht gewidmet.

¹ Quellen: European Information Technology Observatory (EITO) und Fachverband Informationstechnik 1999

² Quelle: ARD/ZDF-Online-Studie 1999

³ Quelle: repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts, Januar/Februar 2000 für "connect"

⁴ Quelle: ARD/ZDF-Offline-Studie 1999

II. Die Ziele

Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen gefordert, wenn es darum geht, den Wandel in die Informationsgesellschaft zu moderieren und aktiv zu gestalten. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen eigeninitiativ tätig werden.

Damit mehr Bürger das Internet nutzen, müssen die Akzeptanz dieses Mediums gesteigert und die Kosten deutlich gesenkt werden. Die Politik muß gesetzlich-regulatorische Rahmenbedingungen schaffen, die sich vorteilhaft auf die Internetverbreitung auswirken.

Für den Umgang mit illegalen - meist pornographisch, rassistischen und politisch extremistischen - Inhalten und Praktiken des wirtschaftlichen Mißbrauchs müssen Mechanismen auf internationaler und europäischer Ebene geschaffen werden, die den sich dynamisch veränderten Inhalten wirkungsvoll begegnen können. Angesichts der globalen Architektur des Internet liegt dabei der richtige Ansatz mehr in der Selbstregulierung der Inhalte, als in der staatlichen Überwachung. Dabei gilt es, auch die Meinungs- und Informationsfreiheit zu wahren.

III. Unsere Forderungen

1. Öffentliche Internetangebote verbessern

- Moderne Internetangebote von Regierung und Parlament für eine umfassende Informations- und Beteiligungsmöglichkeit des Bürgers
- Ausweitung der Dienstleistungen der Verwaltung im Internet für Bürger und Unternehmen (zum Beispiel Zuständigkeiten, Formulare, Steuererklärungen, Ausschreibungen, Ersatz einfacher Behördengänge)⁵
- Erstellung einer "Online-Bibliothek" zur politischen und geschichtlichen Bildung der Bevölkerung durch vorhandene Institutionen wie etwa der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundestagsbibliothek oder dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
- Stärkere Nutzung des Internet für die auswärtige Darstellung Deutschlands als Wirtschafts- und Kulturnation (zum Beispiel auch über die bisher nicht genutzte Domain "www.germany.de")

2. Rechtliche Rahmen schaffen

- Rechtliche Verbindlichkeit der "Digitalen Signatur" zur Verbesserung der Rechtssicherheit und der Förderung des E-Commerce
- Schutz des geistigen Eigentums durch ein international anerkanntes Urheberrecht zur Gewährleistung von Rechtssicherheit für Autoren und Unternehmen
- Bestehende Handelsbeschränkungen für Verschlüsselungssoftware müssen aufgehoben werden. Die weitere Entwicklung und der breitere Einsatz sicherer Verschlüsselungsverfahren⁶ müssen stärker gefördert werden.

⁵ ACTA '99 (Demoskopie Allensbach): 50 Prozent der Internet-Nutzer zwischen 14 und 64 Jahren wollen Behördenangelegenheiten von zu Hause erledigen (Stand: Mitte 1999)

⁶ ACTA '99 (Demoskopie Allensbach): 48 Prozent der Internet-Nutzer zwischen 14 und 64 Jahren befürchten, daß persönliche Daten in den Computernetzen nicht geschützt sind (Stand: Mitte 1999)

3. Jugend schützen

- Gesetzliche Anerkennung von Selbstklassifizierungs-, Filter- und Altersüberprüfungssystemen. Anbieter, die diese Systeme nutzen, können von der Haftung für jugendgefährdende Inhalte ausgenommen werden.
- Schaffung von Verhaltenskodizes durch die Dienstleister (Host Service Provider), die diese in die Verträge mit ihren Kunden und in Vereinbarungen mit anderen Dienstleistern aufnehmen
- Überwachung der Einhaltung dieser Verhaltenskodizes durch eine europäische Institution der Selbstregulierung

4. Medienkompetenz fördern

- PC und Internet als ein fester Bestandteil im Bildungswesen integrieren
- Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals im Gebrauch von PC und Internet sowie eine entsprechende pädagogische Ausbildung, um den Schülern unter dem Begriff Medienerziehung den sinnvollen Umgang mit den neuen Medien besser vermitteln zu können.
- Ab der 8. Klasse soll jeder Schüler einen Multimedia-Laptop erhalten. Zu finanzieren ist der Laptop von Eltern und Schule. Ein mögliches Finanzierungsmodell wäre zum Beispiel ein Guthabenkonto, auf das die Eltern über einige Jahre einen geringen monatlichen Betrag einzahlen. Sonderregelungen für soziale Härtefälle sind einzurichten.

5. Online-Kosten senken

- Zügige Senkung der Markteintrittsbarriere im Telefonnetzbereich
- Verpflichtung des marktbeherrschenden Telefonnetzbetreibers, für einen festen monatlichen Grundpreis die Einwahl zu einem Internetprovider zu ermöglichen (Internet ohne Taktung / Flatrates)
- Keine Ausweitung der Rundfunkgebühren auf alle Onlinenutzer
- Vergünstigte Online-Gebühren für Schwerbehinderte

Die Junge Union Deutschlands begrüßt ausdrücklich die "Initiative D21" (www.initiated21.de). "Initiative D21" führt Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zusammen, damit der Wandel von der Produktions- zur Informationsgesellschaft beschleunigt wird.